

# ROTER HAHN

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

**AUSGABE 92**

NOVEMBER 2020



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

meine ersten Gedanken gelten heute den Opfern sowie den Angehörigen der jüngsten terroristischen Anschläge von Wien, Nizza und Dresden. Die Hintergründe der offenbar islamistisch motivierten Gewalttaten müssen umfassend aufgeklärt und die Verantwortlichen dafür auf Grundlage der geltenden Gesetze mit aller Härte zur Rechenschaft gezogen werden. Derartige unter einem religiösen

Deckmantel begangene Verbrechen werden durch DIE LINKE ohne Wenn und Aber verurteilt. Zugleich ist es jedoch auch wichtig darauf hinzuweisen, dass diese schlimmen Vorfälle nicht dazu führen dürfen, dass es Misstrauen oder gar einen Generalverdacht gegen alle Muslime in Deutschland gibt.

Das Corona-Virus hat leider auch unser Land nach wie vor fest im Griff. Mit Ausnahme der AfD, die nur allzu gern Chaos im Land befördern möchte, kann niemand ein Interesse an steigenden Infektionszahlen und einer Überforderung des Gesundheitswesens haben. Obwohl es im Sportbereich, aber auch in vielen kulturellen und gastronomischen Einrichtungen überzeugende, von den Gesundheitsbehörden geprüfte Hygiene-Konzepte gibt, bei deren Umsetzung zum Teil viel Geld investiert wurde, müssen auch diese im Zuge des Lockdown light nun mindestens für einen Monat geschlossen bleiben. Für mich ist klar: Einnahmeausfälle infolge staatlicher Anordnungen müssen durch entsprechende Hilfsprogramme soweit wie irgend möglich kompensiert werden.

Die Pandemie hat auch Auswirkungen auf die politische Arbeit im Landkreis. So musste unsere geplante Vertreter\*innenversammlung zur Aufstellung des Wahlkreiskandidaten bzw. der -kandidatin für die Bundestagswahl erneut verschoben werden. Als Abgeordneter bin ich allerdings weiterhin in meinen Sprechstunden sowie per Mail und telefonisch erreichbar.

Bleiben Sie gesund, wünscht Ihr/Euer

## **Bundestag muss über Grundrechtseinschränkungen entscheiden**

Fragen zur Parlamentsbeteiligung bei den Entscheidungen über Grundrechtseinschränkungen und weitere Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie standen am 5. November auf der Tagesordnung im Bundestag. Für DIE LINKE [sprach dazu André Hahn](#): Das Corona-Virus ist leider gefährliche Realität. Gegenmaßnahmen, zum Teil auch drastische, sind kaum vermeidbar. Deshalb sollten alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen. Aber sie haben auch die Pflicht, die verfassungsgemäße Gewaltenteilung zu achten und durchzusetzen, statt sie immer wieder zu verletzen.

Gegen koordinierende Beratungen mit dem Ziel möglichst bundesweit einheitlicher Regelungen ist nichts einzuwenden, aber für DIE LINKE ist nicht länger hinnehmbar, dass sich in Berlin die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin treffen, um in kleiner Runde über Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu debattieren und über weitreichende Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden. Gerade in dieser schwierigen gesundheitlichen Lage muss der Bundestag bei Grundrechtseinschränkungen das Letzt-Entscheidungsgremium sein und bleiben! Die Maßnahmen müssen klar befristet werden, sie müssen gerichtsfest sein sowie gegenüber den Menschen im Land auch nachvollziehbar erklärt werden.

Das fordert DIE LINKE seit langem, und das sollten auch Bundesregierung und Koalition endlich akzeptieren. Das Infektionsschutzgesetz muss entsprechend geändert werden.

### **TERMINE MIT ANDRÉ HAHN (Auswahl)**

\*

**09.11., 11:00 Uhr  
Online-Gesprächsrunde  
mit Vertretern von Ju-  
gendherbergen in SOE  
gemeinsam mit MdL  
Antje Feiks**

\*

**11.11., 18:00 Uhr  
Klausur der Kreistags-  
fraktion  
Pirna**

\*

**12.11., 15:00-17:00 Uhr  
Bürgersprechstunde,  
auch per Telefon:  
035971 189822**

Wahlkreisbüro Sebnitz,  
Lange Str. 34

\*

**16.11.-20.11.  
Sitzungswoche  
im Bundestag**

\*

**17.11., 18:00-22:Uhr  
NSU 2.0—geht es in den  
Sicherheitsbehörden mit  
RECHTEN Dingen zu?  
Online-Veranstaltung  
der Fraktion DIE LINKE  
([Anmeldung hier](#))**

\*

**18.11., 18:00 Uhr  
Gespräch der Obleute  
des Sportausschusses  
mit den Spitzen von  
DOSB und dsj  
Berlin**

\*

**23.11.-27.11.  
Sitzungswoche  
im Bundestag**

\*

**30.11., 15:30-17:30 Uhr  
Bürgersprechstunde,  
auch per Telefon:  
03501 5710090**

Wahlkreisbüro Pirna,  
Lauterbachstr. 4

\*

## Neues aus dem Sportausschuss

Ein Schwerpunkt der Sitzung des Sportausschusses am 4. November waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Beschlüsse der Runde der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten vom 28. Oktober, den Sportbereich betreffend. Der DOSB als Dachverband von 90.000 Sportvereinen mit rund 27 Millionen Mitgliedschaften durfte nicht dabei sein, ein entsprechender Antrag der LINKEN wurde von der Koalition abgelehnt. Auch bei den drei noch ausstehenden Sitzungen des Ausschusses im Jahr 2020 soll der DOSB trotz [Forderung von André Hahn](#) zu diesem Thema nicht eingeladen werden, sondern erst wieder zur Sitzung am 13. Januar 2021.

Zum Corona-Komplex präsentierte Prof. Christoph Breuer von der Sporthochschule Köln auch eine ganz aktuelle Studie vom Oktober 2020, in der 1.626 Kaderathletinnen und -athleten, die eine Förderung von der Deutschen Sporthilfe erhalten, zu den ökonomischen Auswirkungen von COVID-19 auf ihre Situation im Oktober 2020 befragt wurden. Obwohl Prof. Breuer nach kritischen Fragen und Anmerkungen von André Hahn zu den vorgelegten Zahlen und Bewertungen einräumte, dass diese Studie wegen des Zeitdrucks noch nicht abschließend ausgewertet und deshalb auch noch nicht in Gänze zugänglich sei, wird seit dem 4. November mit diesen Zahlen als wissenschaftlicher Beleg in Politik, Sportinstitutionen und Medien operiert.

Zweiter Schwerpunkt dieser Sitzung waren Berichte des Sprechers der Interessengemeinschaft der Nicht-Olympischen Verbände (IG NOV), Oliver Stegmann, sowie von Dirk Schimmelpfennig für den DOSB. In der Diskussion wurde deutlich, wie ungleich Olympische und Nicht-Olympische Sportverbände innerhalb des DOSB, aber auch bei der Förderung durch den Bund und die Deutsche Sporthilfe, behandelt werden. Erste Veränderungen gibt es erst seit diesem Jahr durch die deutlichen Erhöhungen der Zuschüsse durch den Bund für den Spitzensport der NOV, aber es bleibt noch viel zu tun, bis hier eine angemessene Gleichbehandlung dieser 26 Verbände mit ihren rund zwei Millionen Mitgliedern hergestellt ist.

Beschlossen wurde im Ausschuss auch eine öffentliche Anhörung zum Thema „Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen“ für den 3. März 2020.

## Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder

In erster Lesung diskutierte der Bundestag am 30. Oktober einen von CDU/CSU und SPD eingebrachten Gesetzentwurf zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder. Für DIE LINKE [betonte André Hahn](#), dass es bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder null Toleranz geben darf. Das Ziel der Koalition, mit dem Gesetz den Schutz von Kindern deutlich zu verbessern, unterstützt die Fraktion ausdrücklich, hat allerdings Zweifel, ob das mit dem vorliegenden Entwurf wirklich erreicht werden kann. Bereits zum Referentenentwurf erhielt das Justizministerium 35 Stellungnahmen mit zahlreichen kritischen Hinweisen und Einwänden. Dabei wurde deutlich, dass sich mit Symbolpolitik ein solch komplexes gesellschaftliches Problem nicht bekämpfen lässt.

Immer wieder wird nach grausamen Straftaten über härtere Strafen für Täter gesprochen; viel zu selten aber über einen wirksamen Opferschutz. Dabei belegen fast alle Studien, dass Strafverschärfung allein nicht das geeignete Instrument ist. Nötig sind vor allem Maßnahmen zur intensiven Prävention gegen sexualisierte Gewalt, damit derartige Straftaten möglichst gar nicht mehr begangen werden. Nicht nur in der Kirche, in Jugendeinrichtungen und Familien, sondern auch im Sport ist sexualisierte Gewalt gegen Kinder leider ein lang bekanntes Phänomen. Vertrauens- und Machtpositionen von Trainern und Funktionären begünstigen den Missbrauch vor allem bei minderjährigen Athleten. Bleibt zu hoffen, dass dagegen möglichst bald ein wirksames Gesetz verabschiedet und umgesetzt werden kann.

## IN KÜRZE

Das Dresdner Technologie-Startup Morpheus Space hat vom Bundeswirtschaftsministerium mehr als 1,2 Millionen Euro Forschungsförderung erhalten und soll auch weiterhin trotz der Übernahme durch das CIA-Investment-unternehmen In-Q-Tel mit Steuermitteln unterstützt werden. Die Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage zu diesem skandalösen Vorgang /Drs. 19/23509) gibt es auf meiner [Homepage](#).



\*

Zur Vollversammlung der Deutschen Sportjugend (dsj) am 24. Oktober übermittelten die Sportpolitiker der Fraktion DIE LINKE den Teilnehmenden ein [Grußwort](#) und gratulierten dem neugewählten Vorsitzenden Michael Leyendecker sehr herzlich zur Wahl.

\*

Keine neuen Befugnisse für die Geheimdienste – das Statement von André Hahn zum „Gesetzentwurf zur Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts“ findet sich ebenso auf der [Homepage](#).

\*

In eigener Sache: Seit dem 1. November verstärkt Rainer Böhme das Team André Hahn im Wahlkreis-Büro Sebnitz.

\*

André Hahn  
bei Facebook



## Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 75777  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Sächsische  
Schweiz-Osterzgebirge:  
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna  
Tel.: 03501 5710090  
E-Mail:  
[andre.hahn.ma03@bundestag.de](mailto:andre.hahn.ma03@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Meißen:  
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

Redaktionsschluss: 06.11.2020  
Redaktion: André Nowak